

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16335
Freitag, 22. Juli 2022

Spekulation um Schwarzmeer-Export überlagert schlechtere globale Ernteprognosen	1
IGC-Juli-Prognose: Globale Getreideernten 2022/23 sinken erstmals seit fünf Jahren	2
Kleines Angebot und Absatzflaute halten EU-Schweinemarkt weiterhin in Waage	4
Kein Brennholz-mangel: Totschnig rät von Hamsterkäufen ab	4
Wolfsjagd: Kärntner Landtag stimmt für Verwendung von Nachtsichtgeräten	6
EU-Industrieemissionsrichtlinie ist für bäuerliche Familienbetriebe unverhältnismäßig	7
Berglandmilch setzt auf nachhaltige Energieträger	8
Gegen Bodenverbrauch: Hagelversicherung fordert moderne Raumplanung	9
Regionale Spezialitäten dominieren Veranstaltungen in der Steiermark	11

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Spekulation um Schwarzmeer-Export überlagert schlechtere globale Ernteprognosen

Verunsicherung lähmt heimischen Kassamarkt - Abgeber halten sich zurück

Wien, 22. Juli 2022 (aiz.info). - Die Spekulation, dass unter Vermittlung von UNO und Türkei noch am Freitag ein Abkommen zur Öffnung von Exportkorridoren über das Schwarze Meer sowohl für die Ukraine als auch für Russland unterzeichnet werden könnte, überlagerte zum Wochenausklang sämtliche Nachrichten über eine sich verknappende Versorgungslage durch Ernteauffälle auf der ganzen Welt (siehe Bericht zu IGC). Nachdem zumindest an der Euronext in Paris am Donnerstag eine spürbare Erholung der Weizen- und Maisnotierungen eingetreten war, wendeten sich die Kurse an der Euronext und der CBoT in Chicago in den tiefroten Bereich - am Freitagmittag etwa der September-Weizenkontrakt in Paris mit 15,75 Euro/t Verlust auf 335,00 Euro nach der Erholung am Donnerstag auf 350,75 Euro/t. Auf der Verliererseite stehen auch die Rapsnotierungen. Die internationale Verunsicherung und Logistikknappheiten in ganz Europa sowie Verkaufszurückhaltung lähmten zuletzt auch wieder den österreichischen Kassamarkt.

Im Verlauf der Woche machte der russische Präsident Wladimir Putin einen Deal zur Öffnung der ukrainischen Getreideexporte von einer Paketlösung mit der Linderung von Sanktionen gegen russische Agrarausfuhren abhängig. "Wir werden den Export von ukrainischem Getreide unterstützen, gehen aber davon aus, dass alle Beschränkungen für den Export von russischem Getreide aufgehoben werden", so Putin. Ein derartiger Deal zeichnete sich schon vergangenen Freitag ab (siehe Bericht von aiz.info "Feilschen um Öffnung von Ukraine-Exporten hält Getreidemärkte in Atem"), als das US-Finanzressort die Aufhebung von Sanktionen gegen russische Agrar- und Düngemittelausfuhren zugesagt hatte und in weiterer Folge auch die EU ähnliche Lockerungen beschlossen hat. Dennoch war noch von einem dornigen Weg bis zu einem unterschrittsreifen Abkommen und gar erst dessen Realisierung die Rede. Jedenfalls reiste UN-Generalsekretär Antonio Guterres am Freitag für eine mögliche Unterzeichnung in die Türkei. Letztlich geht es dabei um die Aufhebung der Blockade Russlands der ukrainischen Schwarzmeer-Häfen, die Garantierung und Überwachung sicherer Seewege sowie um die russische Forderung von Kontrollen ukrainischer Schiffe, damit diese als Rückfracht nicht Waffen ins Land brächten. Für die Sicherung der Seewege und die Kontrolle von Schiffen brachte sich die Türkei ins Spiel. Russland geht es des Weiteren darum, Banken, Reedereien und Versicherungsunternehmen zu versichern, dass die Abwicklung seiner Agrar- und Düngereporte nicht gegen die über das Land verhängten Sanktionen verstießen.

Da, so der Wissenschaftliche Dienst der EU-Kommission, halb Europa von Dürre und einer Hitzewelle betroffen ist, nimmt das Bangen um die Erträge des im Herbst zu erntenden Maises immer stärker zu. Aber auch die schon weit fortgeschrittene Ernte der von Getreide wie Weizen ist betroffen. So spricht Frankreich von nicht berauschenden Weizenmengen bei allerdings für das Land guten Proteinwerten von 11,0%. Schwächere Mengenerträge werden in vielen anderen europäischen Ländern von Deutschland bis Osteuropa und im Süden befürchtet. Stetig nach oben revidiert hingegen Russland seine Weizenprognosen auf zuletzt schon deutlich mehr als 90 Mio.t, jedoch werden dementsprechend schwache Proteinwerte kolportiert. Die Weltmarktnachfrage ist stark - diese Woche kaufte Ägypten zum Teil ohne Ausschreibungen an die 800.000 t Weizen, wovon große Mengen aus der EU stammen sollen.

Verunsicherung lähmt heimischen Kassamarkt - Abgeber halten sich zurück

Bestehende Nachfrage, aber Logistikkengpässe und eine unsichere Versorgungslage ließen während der auf vollen Touren laufenden Ernte in und rund um Österreich die Produzenten und Lagerhalter "sich auf ihre Ware setzen", heißt es. So sei aktuell Futtergetreide aus der Ukraine nachgefragt, es stocke aber die Lieferung über den Landweg ebenso wie von den Häfen im Donaudelta über das Schwarze Meer oder flussaufwärts, wo zusätzlich Niederwasser den Schiffsverkehr behindert. Die EU selber könne auch nicht wie üblich den internationalen Gerstenbedarf - etwa aus Saudi Arabien - bedienen.

Vor diesem Hintergrund kamen am Mittwoch an der Wiener Produktenbörse zwar einige Notierungen für Brotgetreide aus der Ernte 2022 mit sinkender Tendenz und für altertägigen Futtermais zu festeren Preisen zustande, es lägen ihnen aber keine großen Mengen zugrunde. Abgeber seien nicht bereit, die zurzeit - vor allem beim Weizen wegen der internationalen Signale - niedrigeren Gebote zu akzeptieren.

Aus Ungarn etwa werde von schlechten Weizenerträgen berichtet. Erste Befürchtungen machen die Runde, die Regierung Orban könne deshalb sowie wegen der zurückhaltenden Abgabebereitschaft ungarischer Produzenten und inflationärer Lebensmittelpreise im Land die Grenzen für Agrarausfuhren dicht machen. In Österreich werden sehr unterschiedliche, teils unterdurchschnittliche Weizenerträge mit weniger Protein als im Vorjahr kolportiert. Die Proteinwerte könnten dem teuren und knappen Düngerangebot geschuldet sein. Auch die Rapsenerträge werden als eher unterdurchschnittlich gehandelt. (Schluss) pos

IGC-Juli-Prognose: Globale Getreideernten 2022/23 sinken erstmals seit fünf Jahren

Reserven dennoch auf tiefsten Stand seit acht Jahren - Preise auf Niveau vor Ukraine-Krieg

London/Wien, 22. Juli 2022 (aiz.info). - Der internationale Getreiderat IGC mit Sitz in London senkte in dem am Donnerstagabend veröffentlichten Monatsreport GMR zu den weltweiten Getreidebilanzen die Prognose für die globale Getreideernten 2022/23 zum Vormonat um 3 Mio. t auf 2,252 Mrd. t. Das sind um 40 Mio. t oder 1,7% weniger als im Vorjahr und der erste Produktionsrückgang seit fünf Jahren. Die Senkung zum Vorbericht betreffe Weizen mit 11 Mio. t weniger im Jahresabstand, Mais mit 31 Mio. t kleinerer Ernte und Gerste vor allem als Folge der Dürre in der EU. Die gesamten Lagerbestände der Welt schmelzen dennoch auf ein Achtjahres-Tief. Der IGC-Getreidepreis-Index ist seit Juni auf das Niveau vor dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs zurückgefallen.

Das knappe Angebot und gestiegene Preise lassen den IGC auch die Verbrauchsprognose zum Juni-Report um 3 Mio. t senken und zum Vorjahr einen kleinen Konsumrückgang von 0,5% in Höhe von 2,277 Mrd. t erwarten. Dabei schränkt die Welt den Getreideeinsatz den mit 1,022 Mrd. t größten Nachfrageposten Verfütterung um 1,7% ein, während für menschliche Ernährung mit 755 Mio. t um 0,7% und industrielle Verwertung mit 369 Mio. t um 0,3% mehr als 2021/22 aufgehen sollen. Damit schrumpfen nach einem leichten Aufbau im Vorjahr heuer die Endlager um 4,0% auf den niedrigsten

Stand seit acht Jahren auf 583 Mio. t. Das sind mit 25,60% des Jahresbedarfs und Reserven für gut ein Vierteljahr.

Weltreserven abseits des Marktes in China gehortet - Lager bei Exporteuren knapp

Jedoch hortet von den globalen Reserven China mit 175,0 Mio. t Mais den Löwenanteil von fast zwei Dritteln (64,6%) und beim Weizen knapp die Hälfte (135,5 Mio. t, 49,8%). China behält seine nahezu für ein Jahr ausreichenden Weizenreserven (96,1% des Jahresverbrauchs) sowie gut einen halben Jahresbedarf (57,4%) deckenden Maislager der Versorgung des Weltmarktes vor. Viel knapper stellen sich die Reserven bei den für die Welternährung essenziellen Exporteuren dar - etwa bei jenen von Weizen (Argentinien, Australien, EU, Kanada, Kasachstan, Russland, Ukraine und USA) mit 60,2 Mio. t oder nicht einmal einem Sechstel (15,2%) ihres Eigenverbrauchs und Exports oder gar beim mit 39,4 Mio. t größten Weizenexporteur, der EU. Die Weizenendlager der Union schmelzen demnach nämlich 2022/23 um 4,8 Mio. t auf lediglich 11,7 Mio. t zusammen - damit könnte sie die Versorgung der eigenen Bevölkerung und des Weltmarktes gerade einmal ein Monat lang sichern (Endlageranteil am Verbrauch: 8,2%).

Produktionseinbrüche in der EU und vor allem in der Ukraine

Die vom Rat prognostizierten Produktionseinbrüche betreffen neben der EU vor allem die ebenso für die Weltversorgung wichtige Exportnation Ukraine. Demnach brechen deren Weizenernte 2022 um 41,2% auf 19,4 Mio. t und ihre Ausfuhren davon um 47,1% auf 10,0 Mio. t sowie die Produktion von Mais um 40,4% auf 25,1 Mio. t und dessen Export um 48,9% auf 12,0 Mio. t ein. Die Ukraine war bisher auch für die EU als Nettoimporteur von Mais eine wichtige Versorgungsquelle. Nachdem die Dürre die Mais-Ernteprognose für die Union seit dem Vormonat um 1,7 Mio. t auf 68,3 Mio. t schrumpfen lässt, wird sie zur Deckung ihres Bedarfs von 79,9 Mio. t nun auch um 1 Mio. t mehr Mais (14,1 Mio. t) als zuletzt angenommen am Weltmarkt zukaufen müssen.

Sojabohnenernte erholt sich deutlich - Lageraufbau aber geringer als zuletzt angenommen

Dem markanten Produktionseinbruch infolge der Dürre in Südamerika aus dem Vorjahr (minus 18 Mio. t bzw. 4,9%) bei den Sojabohnen folgt laut GMR 2022/23 eine noch deutlichere Erholung der Erntemenge - auch in Südamerika - um 35 Mio. t (10,0%) auf den Rekord von 386 Mio. t. Da der Verbrauch aber nur um 14 Mio. t auf 376 Mio. t Sojabohnen zulegt, bauen sich die Lager um 11 Mio. t auf. Dies ist aber ein um 3 Mio. t kleinerer Bestandsaufbau als in der Juni-Prognose.

IGC-Getreidepreis-Index auf Niveau vor Ukraine-Krieg zurückgefallen

Binnen Monatsfrist sank der vom IGC erhobene Gesamtindex von Getreide- und Ölsaatenpreisen (GOI) neuerlich, und zwar um 10,1% auf ein mehr als Fünfmonate-Tief, wie es seit der Eskalation des Konflikts am Schwarzen Meer nicht mehr gesehen wurde. Zum Vergleichszeitraum im Vorjahr bleiben aber immer noch 9,6% Preissteigerung. Am stärksten verloren seit Juni die Maispreise mit einem Minus von 13,3% (+3,9% zum Vorjahr) gefolgt vom Weizen mit minus 11,9%. Weizen ist aber im Jahresvergleich noch um fast ein Viertel (+23,2%) teurer. Der Gersten-Subindex verlor zum Juni 11,2% und ist im Jahresabstand um 38,6% höher. Sojabohnen gaben um 9,1% nach (+5,0% zum Vorjahr).

Die Londoner Experten führen die sinkenden Weizenpreise trotz volatilen Handels auf Erntedruck auf der Nordhalbkugel, Einflüsse externer Märkte und auf Spekulationen über die Öffnung von Schwarzmeer-Exportkorridoren zurück. Auf die Maispreise drückten Erntedruck aus Südamerika und weitverbreitete Skepsis in der Allgemeinwirtschaft. Gleichfalls Rezessionsängste sowie Verluste auf den Energiemärkten und abgeschwächtes Kaufinteresse am Weltmarkt setzen den Sojabohnen zu. (Schluss) pos

Kleines Angebot und Absatzflaute halten EU-Schweinemarkt weiterhin in Waage

"Sommerszenario" auch in Österreich: Schlachtgewichte gesunken - Notierung unverändert

Wien, 22. Juli 2022 (aiz.info). - Die Sommerhitze schmälert das europaweite Angebot an Schlachtschweinen und den Absatz, sodass sie einander unverändert die Waage halten. Tiere wie Menschen, so **Johann Schlederer** von der Österreichischen Schweinebörse, würden bei hohen Temperaturen nach mehr Flüssigkeit anstatt fester Nahrung verlangen. Diese Gesetzmäßigkeit halte nebenbei den EU-Schweinemarkt in der Balance. Wäre das Angebot an Schlachtschweinen größer, hätte etwa das Preisniveau in Deutschland trotz Hauspreispolitik namhafter Abnehmer von der Erzeugerseite nicht unverändert gehalten werden können. Selbst in den Urlaubsländern am Mittelmeer, wo der Fleischabsatz um diese Zeit üblicherweise von Millionen Touristen profitiert, melde der Fleischhandel - auch hitzebedingt - unter den Erwartungen liegende Umsätze.

Auch in Österreich mache sich dieses "Sommerszenario" bemerkbar, indem das bei 85% des Normalwertes liegende Schlachtschweine-Angebot dem aktuellen Bedarf am Fleischmarkt entspreche. Das durchschnittliche Schlachtgewicht habe sich demnach bei 96,5 kg um 3 kg unter den Werten zu Jahresbeginn eingependelt. Am Fleischmarkt werde das nicht zufriedenstellende Geschäft auch mit dem inflationsbedingten Kaufkraftverlust begründet - bei Wurstprodukten wären zurzeit die Knackwürste gefragt. Zudem werde bei der Hitze weniger gegrillt und dafür aber mehr saurer Wurstsalat konsumiert, so die Branche.

Somit sei an der Österreichischen Schweinebörse die Notierung auf unverändertem Niveau des Mastschweine-Notierungspreises bei 2,00 Euro/kg (Berechnungsbasis: 1,90 Euro) festgesetzt worden. Ebenso gleich bleibt der Zuchten-Notierungspreis von 1,25 Euro/kg (Berechnungsbasis: 1,15 Euro) und der Ferkelpreis für die Kalenderwoche 29 bei 2,50 Euro. (Schluss)

Kein Brennholz-mangel: Totschnig rät von Hamsterkäufen ab

Entlastungsmaßnahmen gegen die Teuerung beginnen zu greifen

Wien, 22. Juli 2022 (aiz.info). - Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig** appelliert an die Konsumenten, keine Hamsterkäufe bei Holz zu tätigen. "Der Verbrauch für ein Jahr wird teilweise für drei Jahre eingekauft. Da entsteht natürlich eine künstliche Verknappung", sagte Totschnig im Gespräch mit der APA. Im Zuge der allgemeinen Teuerung sind zuletzt auch die Holzpreise deutlich gestiegen.

Vom Preisschub wurde neben Energie und Lebensmitteln zuletzt auch Holz erfasst, das momentan als Alternative zu Gas und Heizöl stark nachgefragt wird. Zuletzt mehrten sich außerdem Berichte über knappe Holz-Lagerbestände im Handel. "Holz ist das neue Klopapier. Wir sehen da eine Entwicklung, die wir noch als Klopapiereffekt aus der Coronakrise kennen", so Totschnig. Werde nur der Bedarf für heuer abgedeckt, so sei die Versorgung gesichert. Sein Appell an die Bevölkerung laute daher: "Bitte normal einkaufen. Nicht hamstern, nicht horten."

Generell sieht der Minister Österreich im Kampf gegen die Teuerung gerüstet. Auf die Frage, ob er die Einführung des zuletzt vieldiskutierten Stromrechnungsdeckels befürworte, verwies Totschnig auf bereits geschnürte Entlastungspakete: "Wir sind in einer Phase, wo die Entlastungsmaßnahmen, die wir als Bundesregierung beschlossen haben, zu greifen beginnen." Man müsse nun abwarten, wie sich die Situation entwickle. Unklar war zuletzt, ob auch kleine und mittlere Unternehmen und damit ein Gutteil der landwirtschaftlichen Betriebe von einer möglichen Stromrechnungsdeckelung erfasst werden könnten. Derzeit prüfe das Finanzministerium alle Alternativen - auch im Sinne der Landwirtschaft, so Totschnig. Mit dem Versorgungssicherheitspaket habe man aber ohnehin bereits Hilfen für den Agrarsektor auf den Weg gebracht, der zuletzt mit erhöhten Betriebsmittelpreisen gekämpft habe.

Zu den im Gegenzug höheren Erzeugerpreisen für landwirtschaftliche Produkte, sagte Totschnig: "Wir haben eine bessere Preissituation, aber wir haben auch eine andere Kostensituation. Und am Ende des Jahres zählt die Abrechnung am Hof. Da muss man abwarten."

Kein Anlass für Mehrwertsteuersenkung

Weiterhin sieht der ÖVP-Politiker keinen Anlass für eine Senkung der Mehrwertsteuer oder eine Preisregulierung für Grundnahrungsmittel, wie zuletzt etwa von SPÖ und Gewerkschaft gefordert. Eine Senkung der Umsatzsteuer halte er insofern für problematisch, als man in anderen Ländern gesehen habe, "dass der Effekt nach wenigen Wochen verpufft ist". Der aus seiner Sicht geringe Nutzen für die Verbraucher stehe dabei in keiner Relation zu den damit einhergehenden Einnahmenverlusten für den Staat. Wichtig sei, die Versorgung mit Lebensmitteln zu sichern, was auch gelinge.

Eine weitere Zuspitzung befürchtet der ehemalige Bauernbundchef beim Klimawandel. Zustände, die man schon seit Jahren in südlicher gelegenen Ländern beobachte, könnten früher oder später auch Österreich ereilen, meinte Totschnig. Deswegen sei es für die Landwirtschaft wichtig, sich auf eine andere Klimakonstellation einzustellen. Vor allem an der Züchtung hitzeresistenter Pflanzen müsse man arbeiten. Gleichzeitig hob er den Beitrag hervor, den die heimischen Bäuerinnen und Bauern zur Reduktion der Emissionen leisten würden. So sei man anderen Ländern mit Blick auf die Nachhaltigkeit weit voraus, betonte der Minister.

Im Dialog mit Lebensmittelhandel

Den rhetorisch, konfrontativen Kurs seiner Amtsvorgängerin, Elisabeth Köstinger (ÖVP), gegenüber den Supermarktketten will Totschnig nicht weiterführen. "Durch die Einrichtung des Fairness-Büros hat sich die Ausgangslage verändert." Die im Frühjahr eröffnete Stelle im Landwirtschaftsministerium kümmert sich um Beschwerdefälle im Hinblick auf unfaire Geschäftspraktiken in der Lebensmittelkette. "Ich bin für den Dialog und dafür, Brücken zu bauen, aber auch für eine klare

Aussprache, wenn irgendetwas nicht funktioniert", so der Landwirtschaftsminister. Totschnig will sich mit dem Lebensmittelhandel in den nächsten Wochen "enger austauschen". "Treffen mit den Chefs der Supermarktketten sind geplant."

Die schon geplante Herkunftskennzeichnung von Milch, Eiern und Fleisch in der öffentlichen und privaten Gemeinschaftsverpflegung sowie bei verpackten Lebensmitteln soll nun bald Realität werden. Das Begutachtungsverfahren zur Herkunftskennzeichnung-Verordnung in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung ist abgeschlossen, derzeit werden laut Ministerium die Stellungnahmen eingearbeitet, schreibt die APA. "Wir gehen davon aus, dass die Verordnung noch heuer kundgemacht wird", sagte der Landwirtschaftsminister. Bei der Verordnung für die Herkunftskennzeichnung in verarbeiteten Lebensmitteln ist das Begutachtungsverfahren ebenfalls beendet und es werden die Stellungnahmen berücksichtigt. "Parallel laufen Gespräche zur EU-konformen Ausgestaltung im Sinne des Binnenmarkts. Eine Finalisierung ist nach wie vor Anfang nächsten Jahres angedacht", so der Landwirtschaftsminister. (Schluss)

Wolfsjagd: Kärntner Landtag stimmt für Verwendung von Nachtsichtgeräten

Huber: Ein wertvoller Beitrag zur Sicherheit von Mensch und Tier

Klagenfurt, 22. Juli 2022 (aiz.info). - Der Kärntner Landtag hat gestern, Donnerstag, einstimmig für die Verwendung von Nachtsichtgeräten in der Bejagung von Wölfen gestimmt. "Wölfe sind eine echte Bedrohung für die Almwirtschaft und damit für den Tourismus, können aber auch eine Bedrohung für die Bevölkerung werden. Der Kärntner Landtag hat den Ernst der Lage erkannt", zeigt sich Landwirtschaftskammer (LK) Kärnten-Präsident **Siegfried Huber** über den Beschluss zur Novelle des Kärntner Jagdgesetzes erfreut.

Diesem war eine einstimmige Resolution der LK Kärnten vorausgegangen, die eine derartige Novellierung vom Kärntner Landtag gefordert hat. "Der Einsatz von Nachtsichtgeräten erleichtert nun die Bejagung und kann so einen wertvollen Beitrag zur Sicherheit von Mensch und Tier leisten", ist Huber überzeugt. In den vergangenen Wochen wurden immer wieder Wölfe im unmittelbaren Umkreis von Siedlungen, etwa in der Nähe von Wohnhäusern, Bushaltestellen etc. gesichtet. Allein heuer wurden laut LK Kärnten in dem Bundesland bereits mehr als 150 Schafe und Kälber bei Angriffen durch Wölfe getötet.

Rückendeckung für die Jäger

Huber sieht mittlerweile eine breite Akzeptanz in der Kärntner Bevölkerung für die Erlegung von Wölfen. Vor diesem Hintergrund ersucht er die Jägerschaft einmal mehr um volle Unterstützung in der Umsetzung der Wolfsverordnung: "Wir können diese Herausforderung nur gemeinsam meistern. Die Jäger haben die volle Rückendeckung der Landwirtschaft." (Schluss)

EU-Industrieemissionsrichtlinie ist für bäuerliche Familienbetriebe unverhältnismäßig

OÖ Jungbauernschaft: Horrende Verfahrenskosten gefährden landwirtschaftliche Existenzen

Linz, 22. Juli 2022 (aiz.info). - Oberösterreichische Bauernvertreter machen gegen die Novellierung der Industrieemissionsrichtlinie mobil, durch die Verfahrenskosten von etwa 50.000 bis 60.000 Euro auf die heimischen Bäuerinnen und Bauern zukommen würden. Die Industrieemissionsrichtlinie der Europäischen Union dient zur Regulierung der Emissionen, welche von rund 52.000 industriellen Anlagen verursacht werden. Betriebe, die in diese Richtlinie fallen, haben ein eigenes Verfahren durchzuführen. Der derzeitige Entwurf zur Novellierung der Richtlinie soll die Landwirtschaft weitestgehend miteinbeziehen. "In der österreichischen Tierwohldebatte haben Konsumentinnen und Konsumenten fälschlicherweise Bilder von argentinischen Feedlots, ukrainischer Hühnerkäfighaltung und asiatischer Massenschweinehaltung im Kopf. Die heimische Landwirtschaft ist mit diesen internationalen Agrarverhältnissen nicht vergleichbar", kritisiert OÖ Jungbauernlandesobmann **Christian Lang**

In Oberösterreich sind bisher sechs Betriebe von der Richtlinie betroffen. Der aktuelle Änderungsentwurf beinhaltet eine starke Herabsetzung der Schwellenwerte für die Schweinehaltung, sowie den Einbezug der Rinderhaltung ab einer Anlagengröße von jeweils 150 Großvieheinheiten. Bereits bestehende Anlagen und Gebäude müssten ebenso einem Verfahren unterzogen werden. "Es ist für mich vollkommen unverständlich, warum die Europäische Kommission unsere heimischen bäuerlichen Familienbetriebe mit großen Industriebetrieben gleichstellt. Die horrenden Kosten stehen in keinem Verhältnis zur möglichen Emissionsverringerung", zeigt sich Lang von den europäischen Plänen irritiert.

Bauernbund Fraktion setzt sich für die heimische Nutztierhaltung ein

In der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Oberösterreich vom 23. Juni 2022 brachte der OÖ Bauernbund die Resolution "EU-Industrieemissionsrichtlinie gefährdet bäuerliche Nutztierhaltung" ein. Darin wird unter anderem angemerkt, dass "die prioritär betroffenen Ammoniak- und Methan-Emissionen ohnehin in anderen EU-Rechtsakten einer strengen Regulierung unterworfen sind." Auch Lang hat die Resolution unterschrieben: "Das Klimaschutzministerium muss sich auf europäischer Ebene für die heimische Landwirtschaft einsetzen. Sollte diese Novellierung in geplanter Form kommen, würden viele bäuerlichen Betriebe aus der Nutztierhaltung endgültig aussteigen. Das kann nicht das Ziel von Frau Bundesminister Gewessler sein, denn der Import von ausländischen Lebensmitteln hat einen ungleich höheren CO2-Fußabdruck als die Produktion von heimischer Ware." (Schluss)

Berglandmilch setzt auf nachhaltige Energieträger

Molkereistandorte werden auf Biomasse- und Biogasbetrieb umgerüstet

Wels, 22. Juli 2022 (aiz.info). - Das Unternehmen Berglandmilch stellt große Molkereistandorte binnen Jahresfrist auf Biomasse- und Biogasbetrieb um. "Wir möchten den eingeschlagenen Weg einer nachhaltigen Milchverarbeitung konsequent weitergehen. Ein Zurück zu klimaschädlichen fossilen Alternativen, zu Erdgas soll es nicht geben", erläuterte Berglandmilch-Geschäftsführer **Josef Braunshofer**. Die Umstellung wird vom Land NÖ unterstützt. "Mit den Investitionen macht sich die größte Molkerei Österreichs de facto unabhängig von russischem Gas. Die Berglandmilch setzt auf die Kraft der Heimat und erhöht nicht nur ihre eigene Unabhängigkeit, sondern auch die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln für ganz Österreich", betonte LH-Stellvertreter **Stephan Pernkopf**.

Bereits heute, Freitag, wurde eine neue Abwasserreinigungs- und Biogasanlage in Aschbach-Markt im Bezirk Amstetten, offiziell in Betrieb genommen. Es handelt sich dabei um den Sitz der größten Molkerei Österreichs, wo mehr als 15% des gesamten österreichischen Milchaufkommens verarbeitet werden. Die neue Biogasanlage wird mit den Feststoffen der Reinigungsanlage gespeist. Das entstehende Gas kann direkt in der Molkerei genutzt werden, wodurch 25% bis 30% des Gasbedarfes gedeckt werden, so das Unternehmen.

Um jedoch zu knapp 100% unabhängig von fossilen Energieträgern zu werden, hat Berglandmilch nicht nur in Aschbach-Markt ein weiteres Biomasse-Heizkraftwerk, das im Laufe des Jahres 2023 in Betrieb gehen soll, geplant. Auch in der Molkerei Feldkirchen bei Mattighofen soll bereits im Dezember des heurigen Jahres Biomasse aus regionalem Holzhackgut, Erdgas als Energieträger ablösen. In Klagenfurt wiederum besteht eine Kooperation mit der Stadtwerke AG Klagenfurt, um die Fernwärme aus Biomasse ab Frühsommer 2023 nutzen zu können.

Bereits vor mehr als zehn Jahren wurde am Molkereistandort Wörgl ein Biomasse Heizkraftwerk in Betrieb genommen. Seither wird dort ohne Gas oder andere fossile Energieträger gearbeitet, sondern ausschließlich mit Biomasse, das zum Gutteil aus den Wäldern der genossenschaftlichen Eigentümer, den Milchbauern stammt. Überschusswärme wird in ein Nahwärmenetz abgegeben und so werden 1.300 Haushalte der Stadt Wörgl mit Wärme versorgt, wie Berglandmilch mitteilt. Zudem hat sich das Unternehmen 2013 entschieden, auf 100% Ökostrom umzustellen und Photovoltaikanlagen mit einer Fläche von über fünf Fußballfeldern auf den Dächern der insgesamt acht Werke der Berglandmilch errichtet.

Über Berglandmilch

Die Berglandmilch ist das größte österreichische Milchverarbeitungs- und Vertriebsunternehmen mit neun Standorten und steht im alleinigen Eigentum von mehr als 9.000 Milchbäuerinnen und Milchbauern. Berglandmilch tritt mit bekannten Marken wie Schäringer, Tirol Milch, Lattella und Stainzer am Markt auf. (Schluss)

Gegen Bodenverbrauch: Hagelversicherung fordert moderne Raumplanung

Klimatologe Tschannett: Städte für den Klimawandel rüsten

Wien, 22. Juli 2022 (aiz.info). -Im Jahr 2002 wurde in der Nachhaltigkeitsstrategie der damaligen Bundesregierung der Zielwert des täglichen Bodenverbrauchs mit 2,5 ha pro Tag festgelegt. Täglich werden allerdings nach wie vor 11,5 ha wertvollste Äcker und Wiesen (umgerechnet rund 16 Fußballfelder) durch Verbauung zerstört. Das Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie wurde damit klar verfehlt. "Österreich ist nach wie vor Europameister im negativen Sinn, was die tägliche Verbauung für Straßen, Gewerbeflächen oder Einkaufszentren betrifft", so **Kurt Weinberger**, Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Hagelversicherung, in seinen einleitenden Worten zum gemeinsamen Pressegespräch mit **Simon Tschannett**, Meteorologe, Stadtklimatologe und Geschäftsführer von Weatherpark GmbH. Gleichzeitig haben wir aber in Österreich mit 1,67 m² die größte Supermarktfäche pro Kopf, mit 15 m pro Kopf das längste Straßennetz und auf der anderen Seite stehen Immobilien in der Größenordnung der Stadt Wien (= 40.000 ha) leer.

Die Folgen sind laut den Experten fatal, weil zubetonierter Boden kein Wasser speichern kann und der Grundwasserspiegel dadurch sinkt. In der Folge trocknen Österreichs Seen aus, wird gewarnt. Besonders betroffen sei der Osten Österreichs, wie etwa der Neusiedler See oder der Anemonensee in Wiener Neustadt. Zudem kann zubetonierter Boden keinen Kohlenstoff speichern und die Temperaturen in den Städten steigen massiv. "Während es in den 80/90iger Jahren nur sechs Hitzetage pro Jahr - also Tage mit über 30 °C - gab, sind es mittlerweile im Durchschnitt 20 solcher Tage pro Jahr. Im heurigen Jahr zählen wir bereits mit heutigem Stichtag 25 Hitzetage, also mehr als das Vierfache und ein absoluter Rekordwert - Tendenz steigend", erläutert Weinberger.

Ferner führt zubetonierter Boden zu einem weiteren Verlust der Selbstversorgung bei regionalen Lebensmitteln. Bereits jetzt sei Österreich bei der Eigenversorgung mit regionalen Lebensmitteln sehr verletzlich. Laut Weinberger beträgt der Selbstversorgungsgrad bei Weizen aktuell nur mehr 88%, bei Obst und Gemüse jeweils rund 50% oder bei Soja gar nur 20%. Außerdem führt zubetonierter Boden zu massivem Verlust der Biodiversität, erklären die Experten. "Die Europäische Umweltagentur stellt Österreich ein schlechtes Zeugnis aus. Rund 80% der bewerteten Arten und Lebensräume in Österreich sind in keinem 'guten Zustand', womit Österreich nur auf dem vorletzten Platz von 28 untersuchten Ländern liegt. Man muss aber bedenken: In einer Handvoll Erde leben mehr Lebewesen als Menschen auf der Erde. In den vergangenen 30 Jahren hat Österreich bereits 70% seiner Wirbeltierbestände eingebüßt. Schuld daran ist die Zerstörung von Lebensräumen durch den Menschen wie das Beispiel Ohlsdorf in Oberösterreich zeigt, wo 18 ha Wald gerodet und für immer zerstört wurden", führt Weinberger weiter aus. Zubetonierter Boden nimmt auch Erholungsraum und hat Auswirkungen auf den Tourismus. "Laut Market-Umfrage sagen vier von fünf Österreichern, das Tourismusland Österreich ist massiv gefährdet", schildert der Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Hagelversicherung.

"Angesichts dieser Fakten gilt es, dass 2,5-ha-Ziel der Bundesregierung, verankert auch im Regierungsübereinkommen, rasch umzusetzen. Das Thema 'Stopp dem Bodenverbrauch' muss oberste Priorität für Österreich haben. Die Länder als Verantwortliche in der Gesetzgebung in puncto Raumordnung sind daher gefordert, rasch Maßnahmen zu setzen. Ansonsten wird es in der Bundeshymne in absehbarer Zeit heißen: Österreich ein Land ohne Äcker zukunftslos", so Weinberger.

Tschannett: Mehr Rücksicht auf Hitzewellen in der Stadtplanung ist gefragt

"Schöne große Plätze, oft gepflastert oder betonierte: Auf den ersten Blick autofreie Fußgängerzonen in Innenstädten. Auf den zweiten Blick im Sommer extreme Hitzeinseln und alles andere als klimafit. Die Zubetonierung von Innenstädten hat zur Folge, dass sich diese immer weiter aufheizen. Versiegelte Flächen können Temperaturen bis zu 50 °C erreichen, dunkel asphaltierte Flächen sogar bis zu 70 °C. Fakt ist jedoch, dass die Städte mehr Naturraum brauchen, wenn man der Hitze etwas entgegensetzen will. In der Stadtplanung müssen sowohl beim Bestand als auch beim Neubau große begrünte Flächen mitgedacht werden, weil dort lokal Kaltluft entstehen kann und diese für Abkühlung sorgt. Im Umland von Städten produzieren Wälder, Äcker und Wiesen Kaltluft, die bis in die Innenstädte hineinwirkt. In den Städten ist die Oberflächentemperatur bei begrünten Flächen, die auch genügend Wasser zur Verfügung haben, viel geringer - oftmals sogar so gering wie die Lufttemperatur. Für die Bewohner also weit erträglicher. Und im Schatten eines Baumes wirkt auch noch die Verdunstungskälte. Somit ist in unversiegelten, begrünten Bereichen die gefühlte Temperatur um vieles angenehmer. Die Hitze unter Tags also viel besser auszuhalten", erklärte Tschannett.

Aktuell seien unsere Städte aber nicht für den Klimawandel gerüstet. Viele wurden für ein anderes, kühleres Klima gebaut, Grünflächen, wie Felder, wurden durch Verbauung zerstört. "Daher ist es unbedingt nötig, in der Stadtplanung mehr Rücksicht auf Hitzewellen zu nehmen und mit dem jeweils passenden Mix aus Maßnahmen unsere Städte ans neue, heißere Klima anzupassen. Die etwa auch für die Kaltluftproduktion verbliebenen Äcker und Wiesen müssen sofort vor Verbauung geschützt werden", so Tschannett, der sich für mehr Naturraum in und um Städten (Stichwort Speckgürtel) ausspricht. Eine Vision, wie unsere Städte und Gemeinden klimafit sind und werden können, kann im Internet unter www.KlimaKonkret.at nachgelesen werden.

Umfassendes Maßnahmenbündel für weniger Bodenverbrauch notwendig

Um das 2,5-ha-Ziel zu erreichen, gibt es verschiedene Lösungsansätze. Diese Maßnahmen seien auch geeignet, um die Schönheit Österreichs weiterhin zu bewahren, das Klima und die Umwelt zu schützen, die Biodiversität aufrechtzuerhalten, die Lebensmittelversorgung auch weiterhin sicherzustellen und um den Wirtschaftsstandort Österreich zu stärken.

So gibt es laut Umweltbundesamt in Österreich 40.000 ha leerstehende Gewerbe-, Industrie- und Wohnimmobilien (das entspricht der Fläche der Stadt Wien). Eine Revitalisierung dieser Brachflächen sei aber finanziell aufwendiger als ein Neubau auf der grünen Wiese. Daher brauche es monetäre Anreizsysteme für eine Revitalisierungsoffensive leerstehender Immobilien, spricht sich Weinberger für Innenentwicklung vor Außenentwicklung aus. Demnach sollen Baulandausweisungen nur noch dann genehmigt werden, wenn die betreffende Gemeinde nachweisen kann, dass keine angemessenen Innenentwicklungspotenziale verfügbar sind. Eine weitere Maßnahme wäre der Schutz besonders wertvoller Flächen - landwirtschaftlicher Vorrangflächen - wie am Beispiel der Schweiz, wo die produktivsten Landwirtschaftsböden für die Ernährungssicherung der Bevölkerung gesetzlich vor Verbauung geschützt sind. Darüber hinaus sollte vermehrtes Bauen in die Höhe und in die Tiefe sowie der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, da dieser weniger Fläche in Anspruch nimmt, in Betracht gezogen werden.

"Neben diesem Maßnahmenbündel braucht es auch ein volkswirtschaftliches Umdenken. Nicht die Natur braucht uns, sondern wir brauchen die Natur. Daher müssen wir die Natur schützen und endlich einen Wandel hin zu einem intelligenteren Wirtschaftsdenken einleiten. Unbegrenztes Wirtschaftswachstum mit Gewinnmaximierung zu Lasten der Natur ist heute nicht mehr zeitgemäß. Das ist altes Denken. Daher dürfen wir den Wohlstand einer Gesellschaft nicht allein an einer einzigen Kennzahl, dem Bruttoinlandsprodukt, bemessen. Wirtschaft muss neu gedacht werden! Wir müssen in die jährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auch die Kennzahl Naturkapital aufnehmen", so Weinberger.

Der Boden ist ein Wunderwerk

"Faktum ist: Der Boden ist ein Wunderwerk und eine nicht erneuerbare wertvolle Ressource, die für das Leben auf der Erde von entscheidender Bedeutung ist: Dieses Wunderwerk Boden liefert uns Lebensmittel, Energie und Rohstoffe, bindet Kohlenstoff und reguliert damit Dürren, reinigt Wasser und reduziert die Hochwassergefahr, gibt Menschen, Tieren und Pflanzen Lebensraum. Der Boden ist daher entscheidend für die Bewältigung des Klimawandels, die größte gesellschaftliche Herausforderung unserer Zeit. Es braucht also eine gemeinsame Kraftanstrengung zwischen dem Gesetzgeber, der Wissenschaft, den Medien und der Wirtschaft, dieses Wunderwerk Boden am Leben zu erhalten. Das sind wir unseren Kindern und Kindeskindern schuldig", so Weinberger und Tschannett abschließend. (Schluss)

Regionale Spezialitäten dominieren Veranstaltungen in der Steiermark

Grill- und Gemüsefest, Rindfleisch- und Almlammfest stehen an

Graz, 22. Juli 2022 (aiz.info). - Bäuerliche Spezialitäten werden in der Steiermark beim Grill- und Gemüsefest in Premstätten (Bezirk Graz Umgebung) am 24. Juli sowie beim Rindfleischfest in Fischbach und Almlammfest in Haus/Ennstal am 31. Juli serviert. Heimisches Gemüse, steirisches Rindfleisch sowie Lammfleisch aus dem Ennstal stehen dabei im Mittelpunkt, betont die Landwirtschaftskammer (LK) Steiermark.

Beim Grill- und Gemüsefest am Genussbauernhof Hillebrand werden anlässlich 60-Jahre steirischer Gemüsebauverband Spitzenköche als Genussbotschafter ausgezeichnet. Zudem servieren und präsentieren Bäuerinnen und Bauern der AMA-Genussregion "Grazer Krauthäuptel" ihren Gästen regionale Gemüse- und Grillspezialitäten. Auch die "Jungen wilden Gemüsebauern" bieten ihre vielfältigen Erzeugnisse an. Außerdem kochen Seminarbäuerinnen mit Kindern und geben Koch- sowie Backvorführungen.

Die Rinderbäuerinnen und Rinderbauern aus dem Almen- und Joglland verführen ihre Gäste beim 10-Jahres-Jubiläums-Rindfleischfest neben traditionellen Rindfleischspeisen (Rostbraten, kurzgebratene Minuten-Steaks, gefüllte Rindsrouladen) auch mit leichten, sommerlichen Genießer-Spezialitäten wie Rindfleisch-Kreationen aus dem Glas oder hippen Burger-Variationen. Auch der Fischbacher Haubenkoch Christian Übeleis begeistert mit seiner kulinarischen Smoker-Show die Gaumen der Gäste und serviert außergewöhnlich zartes Rindfleisch mit einem angenehm rauchigen Geschmack.

Die Ennstaler Bäuerinnen verwöhnen beim steirischen Almlammfest die Gäste mit köstlichen Spezialitäten rund um das Ennstal-Lamm sowie mit regionaltypischen süßen und sauren Krapfen, darunter auch die besonders beliebten Steirerkrapfen. Ein weiterer Höhepunkt ist der Einzug von 700 Schafen und 26 Ziegen ins Festgelände - professionell angeführt von den zwei Schäferinnen Christina Ziegerhofer und Manuela Gessl. In den Sommermonaten pflegen die Schafe und Ziegen die Skipisten des Hauser Kaiblings und sind für die Gäste der Region eine Attraktion. (Schluss)